

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

16. JANUAR 2023

INHALTSVERZEICHNIS

Print-Artikel	Seite 2
Social-Media-Auswertung	Seite 13

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Hinweis: Der Pressespiegel erscheint seit dem 24. Januar 2022 ergänzt um eine Social-Media-Auswertung. Auf einige bisherige Funktionen wie Markierungen und Verlinkungen wird aus Ressourcengründen und zur Beschleunigung des Versands fortan verzichtet. Tipp: Nutzen Sie die Suchfunktion (Microsoft: STRG+F; Mac: Befehlstaste+F; mobil meist über Adressleiste) und geben Sie *mittelstand* ein, um schnell zu den wichtigsten Erwähnungen zu gelangen.

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an berndt@mit-bund.de, Tel: 030/220798-17



Autor: Nikolaus Doll
Seite: 4 bis 4
Ressort: Politik
Rubrik: POLITIK

Mediengattung: Sonntagszeitung
Jahrgang: 2023
Nummer: 3
Auflage: 64.959 (gedruckt)¹ 63.074 (verkauft)¹
 68.586 (verbreitet)¹

¹ von PMG gewichtet 10/2022

In der CDU grünt es

In Weimar berät die Parteispitze über ein Positionspapier, das Wirtschafts- und Klimaschutz versöhnen soll. Jens Spahn kontert Kritik, "grüner als die Grünen" zu sein

Nikolaus Doll

Friedrich Merz will sich nicht korrigieren, seine Aussage zu den "kleinen Paschas", die er während des TV-Talks mit Markus Lanz in dieser Woche fallen ließ, nicht zurücknehmen. Es müsse möglich sein, "dass wir uns über die Frage unterhalten: Was läuft in diesem Land eigentlich schief?", erklärte der CDU-Chef und Unionsfraktionsvorsitzende dazu am Freitag. Da war er wieder, wie man ihn aus den vergangenen Jahren kennt, der "Klare Kante"-Merz. In der CDU gibt es viele, die es ausgesprochen begrüßen, dass sich Merz auch in Migrationsfragen pointiert und anders als die Ampel-Politiker äußert. "Es gab bei mir nur positive Rückmeldungen", freut sich ein Mitglied der Fraktionsführung. Merz habe zudem lediglich darauf hingewiesen, dass es in Migrationsfamilien Väter gebe, die es sich verbitten, wenn Lehrerinnen ihre Söhne maßregeln. "Das kann man allerdings auch anders tun und weniger Angriffsfläche dabei bieten", sagt ein anderer Christdemokrat aus der Fraktionsspitze kopfschüttelnd.

Das Problem des Friedrich Merz ist, dass es ihm in seinem ersten Jahr an der CDU-Spitze zwar gelungen ist, die Grabenkämpfe zu beenden, die Partei weitgehend zu einen, den Rosenkrieg mit der CSU beizulegen und die Christdemokraten auf die Rolle in der Opposition auszurichten. Was keine leichten Aufgaben waren. Doch außerhalb der Parteiwelt und der Unionswähler zeigt all das bislang wenig Wirkung.

Mit einer neuen Ausrichtung versucht Merz das nun zu ändern. Die sogenannte Weimarer Erklärung, die der Bundesvorstand an diesem Wochenende auf einer Klausurtagung beschließen will, soll neue Akzente setzen und Basis für eine Wirtschafts-, Energie- und Klimaschutzpolitik aus einem Guss werden. Der Entwurf der Erklärung, der

WELT AM SONNTAG vorab vorliegt, kommt einem in vielen Passagen altbekannt vor - und liest sich stellenweise grüner, als es die Grünen sind.

Die Unionsparteien liegen in Wahlumfragen trotz Patzer und Zank in der Koalition zwar vor den Ampel-Parteien, kommen aber über die 30-Prozent-Grenze nicht hinaus, im Gegenteil. Zuletzt sank der Wählerzuspruch leicht. "Der Friedrich ist gut, um das Kernklientel zu mobilisieren, aber womöglich nicht der Richtige, neue Wählermilieus anzusprechen", stichelten Top-Christsoziale jüngst am Rande der Klausur ihrer Bundestagslandesgruppe im bayerischen Kloster Seon.

Beim Treffen des CDU-Bundesvorstands an diesem Wochenende in Weimar will Merz nun den Gegenbeweis antreten, verlorene Wirtschaftskompetenz zurückgewinnen und die CDU zugleich konsequent auf Klimaschutz ausrichten. "Wie müssen thematisch wieder vor die Kurve kommen", forderte Merz im Vorfeld. In der Erklärung liest sich das gleich zu Beginn des neunseitigen Entwurfs so: "Die CDU ist Klimaschutzpartei." Und weiter: "Ohne Klimaschutz kann unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig bleiben, ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft kann es aber auch keinen nachhaltigen Klimaschutz geben." Klimaschutz "Made in Germany" will die CDU-Spitze "zum Exportschlager machen".

Das klingt wie aus einem Programm der Grünen - und kaum dass der Entwurf der Erklärung kursierte, rumorte es in der Partei. "Erst die Pascha-Nummer und nun dieses grüne Programm, das passt nicht zusammen. Der Parteivorsitzende sollte sich entscheiden", heißt es im Umfeld des Bundesvorstands. Dabei müssen sich "klare Kante", also ein liberal-konservatives Profil, und Klimaschutz nicht ausschließen.

Zumal dann nicht, wenn sich das Pro-

gramm in diesem Punkt klar von dem der Grünen unterscheidet, wie Fraktionsvizechef Jens Spahn sagt. Er verteidigt den Entwurf der Erklärung auch gegen interne Kritik, damit würden alte CDU-Positionen aufgewärmt und durch Sätze wie "Klimaschutz wird zum Erneuerungs- und Wachstumsmotor unserer Wirtschaft" lediglich "vergrünt". "Der fundamentale Unterschied zu den Grünen ist: Wir wollen Klimaschutz mit industrieller Innovation statt mit Verzicht und Verboten", sagte Spahn dieser Zeitung. "Programmatisch muss nicht alles neu sein, wir haben bei dem Thema auch eine Kontinuität. Es geht nicht um die schnelle Tickermeldung, sondern um die richtige, tragfähige Positionierung für dieses Jahrzehnt."

Tatsächlich ist der große Unterschied der Klimapolitik in dieser Erklärung zu der von Grünen und SPD, dass die CDU das Land auch darauf einstellen will, mit dem Klimawandel und seinen Folgen zu leben. Und dass die Verringerung des CO₂-Ausstoßes nicht der einzige Schwerpunkt der Politik sein dürfe, weil die damit verbundenen Ziele ohnehin allesamt verpasst würden. Stattdessen sollte das klimaschädliche CO₂ ergänzend auch aufgefangen, gespeichert und industriell weitergenutzt werden. Grüne und SPD hatten sich dagegen bislang vehement gesperrt, weil sie fürchten, dass damit die CO₂-Einsparziele aus dem Blick geraten würden.

Vertreter des Wirtschaftsflügels in der CDU begrüßen die Pläne von Merz - sprechen aber auch klar aus, dass nicht alle in der Partei dem Kurs folgen wollen. "Die Ampel verordnet und reguliert, als gäbe es kein Morgen. Jeden Tag bröckelt der Wirtschafts- und Investitionsstandort. Diese Erkenntnis hat sich auch noch nicht bei allen in der Union durchgesetzt", sagt Gitta Connemann, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). "Aber es kann kein

Weiter-so geben. Friedrich Merz und die licherweise erkannt."
Mehrheit der Fraktion haben dies glück-

Wörter: 762

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor: Thomas Vitzthum
Seite: 02 bis 02
Ressort: Politik
Rubrik: Passauer Neue Presse - Ausgabe A

Ausgabe: Hauptausgabe
Weblink: <https://www.pnp.de>

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 78
Nummer: 8
Auflage: 22.541 (gedruckt)¹ 23.013 (verkauft)¹
 23.391 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,071 (in Mio.)²

Landbevölkerung hat Lust auf E-Auto

Die große Zukunft der Elektromobilität wurde vor allem in den Städten gesehen. Ein Irrtum. Die ländlichen Regionen holen auf. Wer ein Eigenheim hat, ist klar im Vorteil. Die Politik wird dem noch nicht gerecht.

Berlin Die Zahl ist bescheiden. Laut Bundesnetzagentur gab es mit Stand 1. November in Berlin gerade einmal 1840 Ladepunkte für Elektroautos. 259 Schnellladepunkte kann man dazurechnen, an denen das Auto fix voll wird. Wenig besser ist die Lage in München. Im Juli wurden rund 1200 Ladepunkte gezählt. Ganze zwei wurden in den beiden Jahren davor von den Stadtwerken neu aufgestellt. Sehen wenigstens die Zukunftspläne besser aus? Die Berliner Stadtwerke wollen bis 2030 weitere 1800 errichten. Nun ja.

Zahlen wie diese zeigen, dass der Autogipfel – offiziell „Strategieplattform Transformation der Automobil- und Mobilitätswirtschaft“ –, der gestern erstmals auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Kanzleramt stattfand, genug zu besprechen gehabt hätte. Und doch ist wenig Greifbares herausgekommen. Schon im Vorfeld sprach man eher von „einem Kennenlernen“. Die Grünen monierten, dass vor allem Autobauer – allerdings nicht der E-Autobauer Tesla –, Vertreter der Autoländer wie Niedersachsen sowie Minister, nicht aber die Bahn und die Radlobby beteiligt war. „Ein Mobilitätsgipfel ohne Bahn und Rad ist wie eine Alpenwanderung ohne Schuhe“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Stefan Gelbhaar unserer Zeitung. Den Kanzler forderte er auf, „dem Verkehrsminister klar zu machen, was die Zeit geschlagen hat. Klimaschutz im Verkehrsbereich ist kein Nice to have, sondern in FDP-Deutsch: Job-Description. Bislang ist die Bilanz da: Null.“

Rückstand bei Ausbau der Ladeinfrastruktur Einig waren sich Autoindustrie und Politik, dass bei der E-Mobilität Tempo gemacht werden

müsse. Vor allem beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Allerdings muss sich die Bundesregierung erst einmal klar werden, wie, wo und was sie fördern will. Auch die gestiegenen Energiekosten fordern ein Umdenken. Dass E-Autos stark nachgefragt sind, ist unstrittig. Inzwischen warten viele Kunden bis zu eineinhalb Jahre auf ihr Auto. Die Politik kann indes froh sein, dass die Nachfrage höher ist als das Angebot, sonst fiele der Rückstand beim Ausbau der Ladeinfrastruktur in den Städten noch deutlicher ins Gewicht.

Denn wer kein Wohneigentum, kein Haus mit Garage oder Tiefgarage hat, wo er selbst einen Ladepunkt, eine Wallbox installieren lassen kann, hat in der Stadt inzwischen oft keine Chance, ein E-Auto ohne großen Aufwand zu betreiben. Deshalb verlagert sich inzwischen die Nachfrage raus aus den Städten. Der Mobilitätsexperte Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sagte der Mediengruppe Bayern: „Die erste Welle E-Autos gab es in der Stadt. Inzwischen wird die zweite Welle klar von erheblichen Zuwächsen an E-Autos auf dem Land angetrieben. Und diese Entwicklung wird anhalten und sich noch deutlich verstärken.“ Knie sieht einen entscheidenden Vorteil der Landbevölkerung darin, dass viele ihren Strom selbst herstellen können. „Auf dem Land ist es möglich, die eigene Stromerzeugung mittels Photovoltaik-Anlagen und das E-Auto gemeinsam zu denken und zu realisieren. Das eigene Heim oder ein Arbeitgeber, der das Laden zulässt, das sind die entscheidenden Treiber der E-Mobilität.“

Der Unterschied ist einleuchtend: Selbst wenn ein Städter sich in der Tiefgarage

eine Wallbox einbauen lassen kann, können die wenigsten auf dem Dach ihrer Mehrfamilienhäuser eigenen Strom produzieren. Lange mussten ganze Hausgemeinschaften sogar zustimmen, wenn eine einzige Partei in der Tiefgarage eine Wallbox einbauen wollte. Das hat sich geändert, doch wird seit 2021 der Einbau der Boxen finanziell nicht mehr vom Staat gefördert.

Ein Ünding, findet Knie: „Die staatliche Förderung von Wallboxen muss wieder kommen. Andernfalls ist die Zahl von 15 Millionen E-Autos bis 2038 nicht zu erreichen.“ Und noch eine Reform sollte der Verkehrsminister aus seiner Sicht dringend angehen. „Um eine Ladesäule zu errichten, vergehen in Deutschland bisher drei bis fünf Jahre. Das ist nicht hinnehmbar. Die entsprechende Verordnung ist ein bürokratisches Monster und muss dringend vereinfacht werden. Hier feiert sich der Obrigkeitsstaat.“ In Berlin etwa hatten die Stadtwerke unlängst feststellen müssen, dass die Standorte für 100 Ladesäulen inzwischen in neu ausgewiesenen Fahrradstraßen lagen. Heißt: die Parkplätze könnten wegfallen, Ladesäulen würden überflüssig.

Eigenheimförderung ist

E-Auto-Förderung Der Verband kommunaler Unternehmen forderte vor dem Gipfel im Kanzleramt den Ausbau der Ladesäulen auf dem Land. Sonst werde die E-Mobilitätswende dort scheitern. Womöglich irrt der Verband hier. Sein Auto im öffentlichen Raum zu laden, das spielt für Bürger auf dem Land oder in kleineren Städten kaum noch eine Rolle. Gerade in Zeiten hoher Strompreise verschiebt sich das Gewicht noch stärker zugunsten der Landbevölkerung mit Wohneigentum. Wer E-Mobilität

fördern will, muss also Wohneigentum fördern. Genau das widerstrebt der Ampel, die das Einfamilienhaus zurückdrängen will. So ist die Entscheidung, ob man sich ein E-Autos anschafft, in Zeiten hoher Strompreise mehr denn auch eine soziale Frage.

Die Ampel müsste richtig Gas geben, um ihre Vorhaben umsetzen zu können. „Um das Ziel von einer Million öffentlich zugänglichen Ladepunkten im Jahr 2030 zu erreichen, müssten pro Woche rund 2000 neue Ladepunkte entstehen –

da hinkt die Ampel deutlich hinterher“, sagte die Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Conneemann (CDU), unserer Zeitung. „Um die Ausbaugeschwindigkeit zu erhöhen, brauchen wir vor allem schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse. Gerade in den Städten ist es für E-Auto-Besitzer schwierig, Elektroladestation zu Hause installieren zu lassen.“

Unionsfraktionsvize Ulrich Lange (CSU) sagte: „Die Ampel hat erfolgreiche Maßnahmen wie das von uns aufge-

legte Förderprogramm für Wallboxen eingedampft. Das ist aus meiner Sicht ein großer Fehler, denn E-Autos könnten im ländlichen Raum durch die Möglichkeit, sie an der Steckdose des Eigenheims zu laden, noch viel attraktiver werden.“ Es sei unverständlich, warum die Ampel diese Chancen verspiele und die Anreize, die das Programm gesetzt habe, erstickt. „Das Förderprogramm sollte sie unbedingt wieder aufleben lassen.“

Wörter: 916

Urheberinformation: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 0,035 (in Mio.)¹

Nummer: 6114216901

Weblink: <https://www.oz-online.de/artikel/1330420/Wir-brauchen-gesteuerte-Zuwanderung-in-den-Arbeitsmarkt>

¹ von PMG gewichtet 12-2020

„Wir brauchen gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt“

Fachkraft Vigi Ellikkani Vincent kommt aus Indien und arbeitet im Altenheim Auf der Wierde in Jemgum. Sie kontrolliert eine Infusion bei Wilfried Mindrup. Foto: Privat

Fachkräften aus Drittstaaten soll es erleichtert werden, in Deutschland zu arbeiten. Daher wird das Einwanderungsgesetz überarbeitet. Reichen die geplanten Maßnahmen aus? Wir haben nachgefragt.

Ostfriesland - Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, will die Bundesregierung für Menschen aus Ländern außerhalb der EU leichter und unbürokratischer machen, nach Deutschland zu kommen und hier zu arbeiten. Ende vergangenen Jahres hat das Kabinett ein Eckpunktepapier verabschiedet. Im Frühjahr soll die Erweiterung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in den Bundestag eingebracht werden. Am kommenden Donnerstag steht nur eine Unterrichtung über die Fachkräftestrategie durch die Bundesregierung auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Wir haben bei den ostfriesischen Bundestagsabgeordneten nachgefragt, ob die geplanten Neuerungen ausreichen.

Johann Saathoff (SPD) aus der Krummhörn berichtet, dass bei jedem Gespräch mit Unternehmen in Ostfriesland der Fachkräftemangel ein zentrales Thema ist. „Bislang scheiterte die Gewinnung von Mitarbeitern aus Nicht-EU-Staaten oft an der Anerkennung von Berufsabschlüssen“, so Saathoff. Mit dem Punktesystem solle genau für dieses Problem eine Lösung gefunden werden. Es gehe mehr um Berufserfahrung und Qualifikation als um Zeugnisse. „Das ist aus meiner Sicht ein großer Fortschritt und auch viele Unternehmen wünschen sich einen solchen weniger bürokratischen Weg der Fachkräftegewinnung.“

Punktesystem für die Einwanderung Neben dem Punktesystem sollen auch noch andere Regelungen eine Zuwanderung von Arbeitskräften erleichtern. „Im

parlamentarischen Verfahren wird es sicher noch die eine oder andere kleine Änderung oder Ergänzung geben. Ich werde dann auch im parlamentarischen Verfahren entscheiden, wie ich abstimmen werde.“

In den Augen der CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann (Hesel) wird der Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland zur Wachstumsbremse. Aktuell könnten zwei Millionen Stellen nicht besetzt werden. „Aus meiner Sicht wird aber ein Grundproblem ausgeblendet. Die Bundesrepublik hat gerade den Migrationsbericht veröffentlicht. 2021 sind 1,3 Millionen Menschen zugezogen. Davon sind aber nur 40.000 zum Arbeiten nach Deutschland gekommen“, so Connemann. Der größte Teil wandere in den Sozialstaat ein. „Wir brauchen keinen einfacheren Zuzug für, sondern eine gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.“ Jeder Fehlanreiz sei deshalb zu beseitigen. „Deshalb plädiere ich auch für eine konsequente Anwendung des Sachleistungsprinzips.“

Die vom Kabinett verabschiedeten Eckpunkte hält Gitta Connemann für nicht ausreichend. „Die Abläufe bei den Behörden stocken, beispielsweise bei der Visavergabe.“ Die Fachkräfte müssten zum Teil Monate auf einen Termin warten, um überhaupt ein Visum bei den Konsulaten beantragen zu können. „Gerade das Auswärtige Amt ist gefordert. Und hat bislang nicht geliefert.“ Deshalb fordern auch etliche Wirtschaftsverbände weitere Verbesserungen von der Bundesregierung.

Schnellere Visavergabe „Wir müssten aber vor allem die Vergabe der Aufenthaltstitel bei einer Bundesbehörde zentralisieren. Mit dieser nationalen Aufgabe sind einzelne kommunale Auslän-

derämter überfordert“, stellt Connemann klar. Ihre Forderung: Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse müsste beschleunigt werden. Bislang liege noch kein Gesetzentwurf vor. „Am kommenden Donnerstag steht nur eine Unterrichtung über die Fachkräftestrategie durch die Bundesregierung auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages“, so Connemann abschließend.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anja Troff-Schaffarzyk hat Hoffnung, dass das Gesetz durch die Neuregelung besser wirkt als bisher. Vorgesehen ist, dass Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU unabhängig von ihren Berufsabschlüssen qualifizierte Arbeit in nicht-reglementierten Berufen ausüben können. „Das sind Berufe, die ohne staatliche Anerkennung ausgeübt werden können. Es besteht für sie keine gesetzliche Zuständigkeit und kein allgemeiner Rechtsanspruch auf Anerkennung“, so die Bundestagsabgeordnete aus Uplengen. Letztlich seien es die potenziellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die einschätzen, ob die jeweilige ausländische Qualifikation ausreiche. „Das ist eine wichtige Stellschraube für ein flexibles Gesetz. Der Sinn: Menschen mit Berufserfahrung, Wissen und Können sollen bei uns einfacher auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.“

Punktevergabe erleichtern Nach Einschätzung von Julian Pahlke (Grüne) werden die Neuerungen zu einem wesentlich stärkeren Zuzug der ausländischen Arbeitskräfte führen. Die Bundesregierung will die Einwanderung um bis zu 65.000 Personen pro Jahr steigern. „Wir wissen allerdings schon heute, dass wir wesentlich mehr Arbeitskräfte brauchen.“ Doch grundsätzlich eine mindestens zweijährige anerkannte Berufsausbildung zu verlangen, spie-

gele die Realität in vielen Teilen der Welt nicht wider. „Der Bedarf ist so groß, dass wir die Punktevergabe in Bezug auf Ausbildung und Sprachkenntnisse erleichtern müssen.“

Pahlke sieht das Gesetz als ein gutes Vorhaben auf dem Weg zu einer moder-

nen Einwanderungsgesellschaft. „Ich werde dafür stimmen.“ Ein Gesetz alleine werde jedoch nicht reichen. Um den Bedarf von einer Netto-Zuwanderung von 400.000 Menschen zu erreichen, müssen wir uns mehr denn je als Einwanderungsland verstehen. Dazu

gehört neben den derzeitigen Maßnahmen, wie Digitalisierung oder der Abbau von bürokratischen Hürden, auch das Ankommen zu erleichtern und gegen Rassismus vorzugehen.

Wörter:

744

Seite: 31

Auflage: 5.790 (gedruckt) ¹ 6.144 (verkauft) ¹
6.292 (verbreitet) ¹

Mediengattung: Tageszeitung

Reichweite: 0,022 (in Mio.) ²

Jahrgang: 2023

¹ von PMG gewichtet 10/2022

² von PMG gewichtet 7/2022

Klaus Wiener neu im Bundesvorstand der MIT

Haan (peco) Der Haaner Bundestagsabgeordnete Klaus Wiener (CDU) ist neues Mitglied des Bundesvorstandes der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – dank seiner neuen Funktion als stellvertretender Vorsitzender der verbandsinternen Bundeskommission Ener-

gie/Klimaschutz/Umwelt. Darüber könne er die Anliegen des Mittelstandes aus unserer Region „noch schneller in die Bundespolitik transportieren“, sagt Wiener. Und das sei „angesichts der größten Energiekrise in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes von großer

Bedeutung.“ Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland.

Wörter: 78

Seite: 7 bis 7
Ressort: Bitterfelder Zeitung

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 9.115 (gedruckt) ¹ 9.068 (verkauft) ¹
9.326 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,031 (in Mio.) ²

Rubrik: Bitterfeld

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

WAHL

Georg Heeg übernimmt Vorsitz

Köthener führt den MIT-Kreisverband.

Von KARL EBERT

Köthen/Bitterfeld/MZ - Georg Heeg ist neuer Kreisvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Anhalt-Bitterfeld. Die Mitgliederversammlung wählte neben dem IT-Unternehmer aus Köthen mit Stefan Wallwitz aus Zerbst und Heiko Lehmann aus Köthen zwei Stellvertreter sowie mit Matthias Egert aus Zörbig, Oliver Hoppe aus Wolfen und Axel Schüler aus Köthen drei Beisitzer. Hoppe ist in Doppelfunktion zugleich auch Mitgliederbeauftragter.

Entschieden wird woanders

Wie viele ehrenamtliche Vereinigungen und Einrichtungen hat auch die MIT so ihre Nachwuchssorgen, wenn es um die Besetzung wichtiger Positionen geht, denn als Kreistagsmitglied, Stadtratsvor-

sitzender und Vertreter in zahlreichen anderen Gremien konnte sich Heeg (69) auch vor seiner Wahl nicht über einen Mangel an Arbeit beklagen. „Mir ist die Sache zu wichtig, um den Bach runter zu gehen. Wir haben in unserer Region viel zu wenig eigenständige Entscheidungskompetenz. Die wichtigsten Entscheidungen fallen heute in Firmenzentralen im Ausland oder im Westen. Aber wir müssen diejenigen fördern, die hier sind. Unsere verantwortlichen Mittelständler haben das Zeug dazu. Das ist mein Thema. Und deshalb habe ich diese Aufgabe übernommen. Wie lange ich die Position ausfüllen werde, weiß ich nicht“, sagte Heeg am Freitag gegenüber der MZ.

„Können Krise meistern“

In seiner Bewerbungsrede hatte Georg

Heeg die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann zitiert: „Deutschland hat viele Krisen erlebt. Wir können auch diese meistern. Aber nur mit der Wirtschaft. Dabei helfen uns die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Technologieoffenheit statt Ideologie, Eigenverantwortung statt Auflagen.“ Ein Blick ins Grundsatzprogramm zeigt, dass von den drei Grundprinzipien der CDU – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – für die MIT der stärkste Akzent auf der Freiheit liegt.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist eine bundesweite Vereinigung der Parteien CDU und CSU. Sie ist die innerparteiliche Interessenvertretung der Unternehmer, Selbstständigen und Freiberufler. Der MIT-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld hat 44 Mitglieder.

Wörter: 287

Urheberinformation: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

Mediengattung: Online News
Nummer: 6114080645

Visits (VpD): 0,234 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,020 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/wolfenbuettel/article237369325/Diese-Plaene-hat-Wolfenbuettels-Buergermeister-Lukanic-fuer-die-Stadt.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2022

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2022-10 vom 12.12.2022, Gesamtbevölkerung 16+

Diese Pläne hat Wolfenbüttels Bürgermeister Lukanic für die Stadt

Beim Jahresempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) sprach Ivica Lukanic über Digitalisierung und Innenstadt. Das sind seine Pläne.

Alles harmonisch. Wolfenbüttels Bürgermeister Ivica Lukanic und Wolfsburgs Oberbürgermeister Dennis Weilmann talkten in der neuen von Halchter gemeinsam. Moderator Holger Bormann befragte sie nach der nahen Zukunft ihrer Städte und was sie für den Mittelstand täten.

Etwa 200 Gäste waren der Einladung zum diesjährigen Jahresempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Wolfenbüttel gefolgt. „Sich durchkämpfen, das macht der Mittelstand. Bei diesen Multikrisen mussten wir uns ständig neu erfinden“, sagte Kreis- und Landesvorsitzender Holger Bormann zur Begrüßung. Der Mittelstand arbeite nicht in kommunalen Grenzen, so Bormann, „unsere DNA ist Vernetzung. Der Mittelstand ist immer in Bewegung.“

Bürgermeister-Talk zwischen Wolfsburg und Wolfenbüttel Zurück zum Bürgermeister-Talk. Da ist die Stadt des bundesweit beachteten Kunstmuseums für Gegenwart und Moderne und des weltweiten . Und da ist die Stadt Lessings mit seiner weltweit bedeutenden Bibliothek und Stammsitz des global produzierenden Kräuterlikörproduzenten. Dicht an dicht prägen sie eine ganze Region, in die sich auch Braunschweig einfügt.

Auf die Frage nach innerstädtischer Entwicklung unterstrich Wolfsburgs Oberbürgermeister Dennis Weilmann einen großen Nachholbedarf der Autostadt . Die Innenstadt „muss attraktiviert werden.“ Lukanic sagte, dass die Fußgängerzone Wolfenbüttels ausgebaut werden sollte. Beide Städte seien als wich-

tige Wirtschaftsstandorte für die Region Impulsgeber. Er unterstrich besonders die Zusammenarbeit und Verbundenheit der beiden Städte im Regionalverband des Großraumes, dem Verkehrsverbund und der Kooperation der Kliniken.

Lesen Sie auch: Wolsburg und Wolfenbüttel haben Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung Dann stellte Moderator Bormann die Frage nach der Digitalisierung der Verwaltungen: „Wir Bürger sind oft genervt, wie lange es dauert.“ Beide Stadtoberhäupter räumten ein, dass noch Nachholbedarf bestehe: „Da muss noch viel passieren, wir müssen moderner sein, die letzte Bundesregierung hat uns da im Stich gelassen, wenn ich es könnte, würde ich es sofort ändern“, so Lukanic. Einige Online-Portale der Stadt liefen bereits gut, mehr würden eingerichtet.

Für Dennis Weilmann aus Wolfsburg muss das Thema Digitalisierung regional angegangen werden. „Das Föderale System hilft uns dabei nicht weiter.“ Auch auf die Frage, was für den Mittelstand getan werde, zeigten sich die Bürgermeister harmonisch. Beide erklärten, der Ausbau von Gewerbeflächen werde weiter entwickelt und der Glasfaserausbau vorangetrieben. Außerdem solle die Vernetzung der Region ausgebaut und verstärkt werden. Die Bürgermeister unterstrichen, sie seien präserter Ansprechpartner für den Mittelstand. Der Rote Faden, der sich durch die Talkrunde der Bürgermeister und das Statement des Vorsitzenden der MIT zog, war also ein aus vielen Fäden bestehendes Netzwerk, das Zauberwort des dies-

jährigen Jahresempfangs der MIT.

Glücksforscher gibt Impulsvortrag beim Jahresempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Einen Impulsvortrag zum Thema Glück gab Tobias Rahm. Der Glücksforscher ist am Institut für Pädagogische Psychologie der Technischen Universität Braunschweig tätig. Glücklich sein könne erlernt werden, so seine These. Wenn man davon ausginge, dass Glück ein persönliches Wohlbefinden beschreibe, dann sei dies sogar über die Anhäufung bestimmter Emotionen zu messen. Die Kompetenzen, das eigene Leben glücklich zu gestalten, könnten entwickelt werden. Dies fördere in seiner Konsequenz auch die Leistungsfähigkeit. Folge: „Wenn man Glück trainiert, dann trainiert man auch die eigene Leistung.“

Jeder Mensch habe Gestaltungsspielraum für seine persönliche Entwicklung von Glück. „Immer mal wieder ein paar Minuten Lachen ist schon eine gute Sache.“ Glück bedeute bessere Lebensqualität, bessere Arbeitsqualität und gesteigerte Gesundheitsqualität. So wird Glück laut des Glücksforschers zu einer gesamt gesellschaftlichen Herausforderung.

Erstmalig fand beim Jahresempfang der MIT eine Tombola statt. Deren Erlös soll an den Wolfenbüttel gehen. Für die musikalische Umrahmung in Wolfenbüttel sorgten Mitglieder des ukrainischen Prime Orchestra Kharkiv mit Popsongs.

Fragen zum Artikel? Mailen Sie uns:

Abbildung: MIT-Vorsitzender Holger Bormann (Mitte) moderierte den Talk zwischen Wolfsburgs Oberbürgermeister Dennis Weilmann (li) und Wolfenbüttels Bürgermeister Ivica Lucanic. Foto: Stephan Querfurth

Wörter: 602

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor: Seeger, Stephan
Seite: 22

Jahrgang: 2023
Auflage: 3.874 (gedruckt)¹ 3.401 (verkauft)¹
 3.568 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,030 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2022

² von PMG gewichtet 7/2022

Thema beim Gespräch mit der Bürgermeisterin war auch der Handel

MIT: „Aufpassen, dass wir die Innenstadt nicht ausbluten“

Von Stephan Seeger

Kaarst. Das jährliche Gespräch zwischen den Mitgliedern der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Kaarst und Bürgermeisterin Ursula Baum sollte eigentlich schon im Dezember stattfinden. Da es aber „nicht gepasst hat“, wie der MIT-Vorsitzende Markus Steins erklärt, wurde es in den Januar geschoben. „Das ist gar nicht so schlecht, das als Neujahrsgespräch durchzuführen“, so Steins. Im Clubraum 2 des Bürgerhauses waren am Donnerstag im Vergleich zu den Vorjahren nur wenige MIT-Mitglieder gekommen, um mit der ersten Bürgerin der Stadt über verschiedene Themen zu sprechen.

Nahversorgung Holzbüttgen

Steins äußerte seine Sorge darüber, dass durch den neuen Versorger im geplanten Wohngebiet Commerhof Konkurrenz zum bislang einzigen Versorger in Holzbüttgen, Nahkauf Lange, entsteht. Das schlossen Baum und die Technische Beigeordnete Sigrid Burkhart aus. „Die Verwaltung hat ein Gutachten von der Einzelhandelsgesellschaft in Auftrag gegeben, um diese Fragen zu klären“, sagte Baum: „Wir haben kein Interesse daran, einen guten Versorger

kaputt zu machen.“

Es gebe im Stadtgebiet nur wenige Läden mit einem ähnlich vielfältigen Angebot. Zudem sollen durch den neuen Nahversorger die Arbeitskräfte, die in das Gewerbegebiet Kaarster Kreuz ziehen, mit versorgt werden. Laut Burkhart brauche Holzbüttgen einen weiteren Nahversorger, weil Nahkauf Lange den Bedarf des gesamten Stadtteils nicht abdecke – gerade mit Blick auf die neuen Arbeitskräfte. Die Größe des Nahversorgers richte sich nach dem Willen der Politik. Fest steht laut Burkhart: „Wir wollen dort einen Premium-Versorger haben.“

Innenstadt-Entwicklung

Sorgen äußerte die MIT auch über die Pläne zur Innenstadt-Entwicklung, vor allem mit Blick auf Parksituation und Einzelhandel. „Wir müssen aufpassen, dass wir die Innenstadt nicht ausbluten. Wir wollen weiterhin inhabergeführte Geschäfte, keine Ketten“, so Steins. Burkhart zeigte auf einem Plan, wie es in der Innenstadt künftig aussehen und was mit den Parkplätzen passieren soll. Die Sorgen, dass es auf der Straße „Am Dreieck“ einen Verkehrskollaps geben wird, sei unbegründet. Allerdings werde

die Anzahl der öffentlichen Stellplätze reduziert. Für die Tiefgarage gibt es eine weitere Option, für die allerdings Bäume gefällt werden müssten, man dann aber mehr als 100 Stellplätze hätte. Gewerbegebiete

Die Kritik, dass die Gewerbegebiete nicht mit einem Klick auf der städtischen Homepage auffindbar seien, wies Wirtschaftsförderer Axel Süßbrich zurück, mittlerweile sei ein entsprechender Button eingebaut worden. Im weiteren Verlauf gab er einen Einblick in den aktuellen Vermarktungsstand der einzelnen Gebiete. „In den vergangenen drei Monaten ist im Gewerbegebiet Kaarst-Ost viel passiert“, so Süßbrich. Grund dafür sei der Beschluss des Planungsausschusses gewesen, den Bebauungsplan anzupassen und die Restriktionen für die einzelnen Grundstücke aufzulockern. „Seitdem haben wir mehr Anfragen für die Flächen“, ergänzte Ursula Baum. „Bei 60 Prozent der Flächen sind wir in Verhandlungen. So weit waren wir in den vergangenen Jahren noch nie“, erklärte Süßbrich.

Wörter: 437

Erfolgreichster Tweet

MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)  @MIT_bund · 13. Jan.



MIT-Chefin @Gitta_Connemann findet: Wenn @GretaThunberg fürs Klima demonstrieren will, soll sie nicht nach #Lützerath fahren, sondern zum KKW Emsland. Es ist d. modernste in  & soll trotzdem abgeschaltet werden. Aus purer Ideologie. Vielleicht hört die  ja auf #Greta? 


210


48


90

Impressions ⓘ

12.224

Interaktionen ⓘ

927

Detailerweiterungen ⓘ

176

Neue Follower ⓘ

1

Profilbesuche ⓘ

86

Erfolgreichster LinkedIn-Beitrag



Beitragsanalysen

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hat dies veröffentlicht • 4...



Fabian Wendenburg wird neuer Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Der 43-jährige Ökono...

Zielgruppe: Alle Follower:innen

Organisches Auffinden

20.423

Impressions

14.548

Individuelle Impressions

Organisches Engagement

1.314

Engagements

6.4 %

Engagement-Rate

Klicks

680

Click-Through-Rate

3.3 %

Reaktionen

494 →

Kommentare

135 →

Direkt geteilte Beiträge

5 →



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION

Erfolgreichster Facebook-Beitrag

**Mittelstands- und Wirtschaftsunion** ✓
Gepostet von Loomly · 6 Tage · 

Das Kernkraft-Aus kommt! Und bis dahin sind es nur noch weniger als 100 Tage. Damit setzt die Ampel die Energiesicherheit Deutschlands auf Spiel! MIT-Chefin [Gitta Connemann](#) kritisiert in der [Bild](#) die Entscheidung scharf: „Der Countdown läuft. Wenn die Ampel am sofortigen Ausstieg festhält, wird in 100 Tagen die Energie teurer, die Gefahr von Stromausfällen größer, der CO₂-Ausstoß höher. Es wird nur Verlierer geben - Bürger, Betriebe und das Klima.“ Die Abschaltung der Kernkra... [Mehr anzeigen](#)



Gitta Connemann kritisiert das Kernkraft-Aus in weniger als 100 Tagen in der BILD scharf:

Die Ampel muss den Verstand ein- und die Ideologie ausschalten. ”

11.833 Erreichte Personen 1.607 Interaktionen ↑ +3,9x höher Distributionswert [Beitrag bewerben](#)

 Du und 174 weitere Personen 36 Kommentare 102 Mal geteilt



The screenshot shows the Instagram Insights overview page. At the top, there is a back arrow, the title 'Insights', and an information icon. Below this, a date range selector shows 'Letzte 7 Tage' and '9. Jan. - 15. Jan.'. The main heading is 'Übersicht'. A summary text states: 'Du hast +826% mehr Konten erreicht als im Zeitraum 2. Jan. - 8. Jan.'. Below this, there are three rows of data:

Metric	Value	Change
Erreichte Konten	16,8 Tsd.	+826%
Konten, die interagiert haben	379	+83%
Gesamtzahl der Follower	1.102	+2,4%